

AHV-Abstimmungen

Persönlich

Watzlawick wusste es besser

Wir tun es pausenlos. Und werden von Tag zu Tag schlechter darin. Das ahnte auch der Psychologe Watzlawick, als er 1967 sagte: «Man kann nicht nicht kommunizieren.» Doch! – scheinen ihm sämtliche digitale Kommunikationskanäle fünfzig Jahre später zu antworten.

Tatsächlich gibt es immer mehr Tools, die zum Zweck entwickelt wurden, unbequeme Konfrontationen zu vermeiden. Zum Beispiel, wenn es darum geht, Geld zurückzufordern. Twint, das favorisierte Zahlungsmittel der modernen Schweizerin, weiss zu helfen: Per Knopfdruck können Zahlungsanfragen verschickt werden – das ist zumindest die euphemistische Umschreibung der mich regelmässig erreichenden «Geldanforderungen». Ich drücke ein Häkchen und weg ist der Batzen.

Whatsapp hingegen leistet seinerseits mit einem Werkzeug für virtuelle Umfragen einen Beitrag zur Diskussionsvermeidung. Das kann praktisch sein, um sich demokratisch für ein Festtagsmenü zu entscheiden.

Allerdings kann auch in diesem Fall Nicht-Kommunikation zu Unmut führen, wenn ein Teil der Befragten alle Optionen anwählt und sich der andere Teil ganz enthält. Tatsächlich wartet auch in meinem Twint-Postfach eine unbeantwortete Anfrage der Mitbewohnerin: «3.50 Franken (Olivenöl!!)». Vielleicht hatte Watzlawick also doch recht. Von ihm stammt nämlich auch dieser Satz: «Es ist möglich, den Standpunkt der anderen zu verstehen, ohne deswegen einverstanden zu sein.»



Kathrin Signer
kathrin.signer@chmedia.ch

Apropos

Langsamer, dafür pünktlich

Reisen mit der Deutschen Bahn kann nervenaufreibend sein. Verspätungen sind normal. So schwante uns Böses, am Mittwoch. Wegen des Wintereinbruchs warnte die DB vor Zugausfällen. Im ICE hiess es in einer Durchsage, die Züge verkehrten langsamer. Umso grösser die Überraschung. Wir erreichten Stuttgart «überpünktlich», wie die Schaffnerin in ihrer Durchsage euphorisch feststellte. Langsamer, dafür pünktlich: Das tönt nach einem vernünftigen Rezept für die gebeutelte DB. (dk)

«Ein höheres Rentenalter ist nicht zu vermeiden»

Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, ist Kopf der Initiative, die erst Rentenalter 66 und dann dessen Koppelung an die Lebenserwartung verlangt. Zur linken Initiative für eine 13. AHV-Rente sagt er, damit würden Milliarden an Reiche verschleudert.

Interview: Francesco Benini

Ihre Initiative kommt zur Unzeit. Man spricht über den Verlust an Kaufkraft, über höhere Krankenkassenprämien und höhere Mieten. Das ist kein guter Moment, um das Rentenalter anzuheben.

Matthias Müller: Bis zum Jahr 2050 fehlen der AHV 120 Milliarden Franken. Das kumulierte Umlagedefizit entspricht zehnmal den Kosten des Gotthard-Basistunnels. Dieses Problem schafft man nicht aus der Welt, indem man es ignoriert. Eine gute Sozialpolitik schlägt Lösungen vor. Das tun wir. Was wäre denn die Alternative?

Sagen Sie es.

Entweder man senkt die Renten massiv. Das will niemand. Oder man erhöht die Steuern und Abgaben. Das ist das Rezept der Linken. Es ist der falsche Ansatz. Mit einer dosierten Erhöhung des Rentenalters stellt man die AHV hingegen langfristig auf eine solide Basis.

Die Gewerkschaften sprechen davon, dass die Lohnabzüge erhöht werden sollen.

Das wäre brutal. Will man das Defizit der AHV wegbringen, muss man 1,7 Prozentpunkte mehr von den Löhnen abziehen. Will man das? Für Familien mit eher tiefem Einkommen wäre der Kaufkraftverlust einschneidend. Ist es da nicht viel sinnvoller, wenn alle nur ein Jahr länger arbeiten?

Ein Jahr mehr in einem ersten Schritt.

Ja. Bis 2033 würde das Rentenalter auf 66 steigen. Dann folgt die Koppelung an die durchschnittliche Lebenserwartung. Bis 2043 wären wir bei einem Rentenalter von 67. Das ist moderat, wenn man die Massnahmen im Ausland betrachtet – viele Länder erhöhen die Schwelle viel schneller. Wenn nun linke Politiker sagen, dass wir bald bis ins Alter von 100 arbeiten müssten, ist das Mumpitz.

Die Leistungen aus den Pensionskassen sinken. Warum soll dieser Verlust nicht mit einer höheren AHV kompensiert werden?

Die zweite Säule kämpft ebenfalls mit dem demografischen Wandel. Die Umverteilung von Jung zu Alt ist dort leider riesig. Darum muss der Umwandlungssatz sinken. Aber es sind grosszügige Ausgleichsmassnahmen vorgesehen, sodass das Rentenniveau beibehalten wird.

Was ist mit Personen, die keine Rente aus der Pensionskasse beziehen? Haben sie nicht eine höhere AHV verdient?

Es sind vor allem Frauen, die keine Pensionskasse haben, darum sind sie überdurchschnittlich von Altersarmut betroffen. Ein leichter Zugang zur zweiten Säule ist darum zentral. Gegen eine Anhebung der AHV-Minimalrente habe ich keine Einwände. Sie ist heute zu tief und muss unbedingt aufgebessert werden.

Gut situierte Personen können sich vorzeitig pensionieren lassen. Wer knapp kalkulieren muss, dem steht dieser Weg hingegen nicht offen. Ein höheres Rentenalter ist unsozial. Was sagen Sie zu diesem Einwand?

Das ist ein schwaches Argument. Ich gehe davon aus, dass viele der Privilegierten den Zeitpunkt des Renteneintritts ebenfalls hinausschieben würden. Was man nicht vergessen darf: Wer vorzeitig in Pension geht, verzichtet auf Rentenansprüche. Damit wird die AHV entlastet.

Wenn Ihre Lösung für die AHV so bestechend ist, warum unterstützt nur die FDP Ihre Initiative?

Die SVP des Kantons Zürich hat sich klar für die Renteninitiative ausgesprochen – und die Berner SVP auch. Das sind die grössten Sektionen dieser Partei. Die Mitte in Basel-Stadt ist für die Renteninitiative. Viele Jungparteien unterstützen uns. Leider gibt es auf der nationalen Ebene Politiker, die sich aus der Verantwortung stehlen wollen. Man muss den Menschen reinen Wein einschenken und ihnen eine gute Lösung unterbreiten. Den Kopf in den Sand zu stecken, bringt nichts.

Ein Einwand lautet: Der Automatismus, den Ihre Initiative vorsieht, sei zu starr.

So ein Seich! Das Rentenalter würde steigen, wenn die Lebenserwartung steigt. Sonst nicht. Sinkt die Lebenserwartung, sinkt auch das Rentenalter. Wir sehen eine Anhebung des Rentenalters um 0,8 Jahre vor, wenn die Lebenserwartung um ein Jahr zunimmt. Das ist moderat. Im Jahr 1948 hatte jemand, der pensioniert wurde, im Durchschnitt noch 12 Lebensjahre vor sich. Heute sind es 21. Das ist grossartig. Aber man muss das auch finanzieren können.

Laut dem Bund rutscht der AHV-Fonds auch mit der Annahme Ihrer



«Die meisten Menschen arbeiten gerne und lange»: Matthias Müller kämpft für eine Anhebung des Rentenalters.

Bild: Andrea Zahler (Zürich, 16. Januar 2024)

Matthias Müller

Seit Ende 2019 ist Matthias Müller, 31, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz. Das Amt gibt er im kommenden März ab. Müller studierte an den Universitäten St. Gallen und Zürich Rechts- mit Wirtschaftswissenschaften, steht kurz vor dem Abschluss seines Doktors und arbeitet in einer Wirtschaftskanzlei in Zürich. Er ist Vizepräsident der Kantonalzürcher FDP. In den Nationalratswahlen vom vergangenen Herbst landete er auf dem ersten Ersatzplatz der Zürcher FDP-Liste. (be.)

Darüber stimmen wir ab

Am 3. März kommen gleich zwei Initiativen zur AHV an die Urne. Die **Renteninitiative** der Jungfreisinnigen fordert eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters um zwei Monate pro Jahr auf 66 Jahre. Danach soll das Rentenalter an die durchschnittliche Lebenserwartung gekoppelt werden. Das heisst: Das Rentenalter wird automatisch erhöht, sobald die Lebenserwartung steigt. Die Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes verfolgt ganz andere Ziele: Sie will eine **13. AHV-Rente** einführen. Wer die maximale AHV-Rente bezieht, erhalte eine Erhöhung von 2450 auf 31 850 Franken pro Jahr. Für Ehepaare würde die Rente um 3675 auf 47 775 Franken steigen. Der Bund schätzt, dass die Einführung einer 13. AHV-Rente rund 4,1 Milliarden Franken kosten würde. (chm)

Initiative nach 2030 ins Minus. Warum soll man einem höheren Rentenalter zustimmen, wenn dadurch das System der Vorsorge nicht nachhaltig stabilisiert wird?

Fakt ist: Unsere Initiative entlastet die AHV massiv. Bis 2050 schaffen wir das Problem der Unterfinanzierung der AHV aber nicht vollständig aus der Welt. Das zeigt, dass die demografische Sturmflut gewaltig sein wird. Aber: Die UBS hat ausgerechnet, wie es mit der AHV im Jahr 2070 aussähe, wenn unsere Initiative angenommen würde. Die Studie kommt zum Schluss, dass die AHV dann endlich schwarze Zahlen schreiben würde.

Wer einer körperlich beanspruchenden Arbeit nachgeht, sollte nicht bis 66 oder 67 arbeiten müssen – einverstanden?

Wir haben immer gesagt, dass körperlich anspruchsvolle Berufe ausgeklammert werden sollten. Es ist klar, dass man in diesen Branchen sozialpartnerschaftlich Lösungen mit tieferem Rentenalter finden muss.

Die Produktivität der Wirtschaft wächst. Kann man da nicht auf ein höheres Rentenalter verzichten?

Der Produktivitätszuwachs reicht bei weitem nicht aus. Wir hatten einige Reformen, höhere Lohnabzüge, höhere Mehrwertsteuer für die AHV, Rentenalter 65 für Frauen – und doch kippt das System nach 2029 gewaltig ins Minus. Die Lebenserwartung steigt weiter. Darum braucht es eine sanfte Anhebung des Rentenalters.

Warum setzen Sie nicht bei der Lebensarbeitszeit an? Die Grünliberalen fordern das.

Wird unsere Initiative angenommen, braucht es ein Gesetz. Es spricht nichts dagegen, dass man dann die Lebens-



Kampagnenbudgets: Ist Übermacht der Wirtschaft nur ein Zerrbild?

Gemäss offiziellen Zahlen haben die Gegner der 13. AHV-Rente deutlich mehr Geld als die Befürworter. Doch die Auslegung der Vorschriften wirft Fragen auf.

Christoph Bernet

6104211 Franken: So viel kostet der Abstimmungskampf für die eidgenössischen Vorlagen vom 3. März voraussichtlich. Die Budgets der Kampagnen für und gegen die Renteninitiative der Jungfreisinnigen beziehungsweise die Initiative für eine 13. AHV-Rente der Gewerkschaften sind am Donnerstagabend auf der Website der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) publiziert worden (s. Grafik).

Der Urnengang vom 3. März ist die erste eidgenössische Volksabstimmung, bei der die neuen Transparenzvorschriften zur Politikfinanzierung zur Anwendung kommen.

Die Zahlen zeigen: Mit dem grössten Budget ziehen die Gegner einer 13. AHV-Rente in den Abstimmungskampf. Sie investieren insgesamt knapp über 3,5 Millionen Franken, davon werden 237 000 Franken als Personalaufwand für die Kampagnenarbeit ausgewiesen.

Mit über 2,9 Millionen Franken übernimmt Economiesuisse, der Dachverband der Wirtschaft, den Löwenanteil der Kampagnenkosten. Auch Gewerbe- und Arbeitgeberverband übernehmen grössere Summen.

Die Ja-Kampagne hat insgesamt ein Budget von etwas mehr als 1,5 Millionen Franken ausgewiesen. 620 000 stammen aus Einzelspenden an den SGB von durchschnittlich 54 Franken, 550 000 Franken von den SGB-Mitgliederverbänden. Die SP Schweiz zieht mit 22 000 Franken, die Gewerkschaft Unia mit 50 000 Franken in den Abstimmungskampf.

In den Kampf gegen die Renteninitiative der Jungfreisinnigen ziehen die Gewerkschaften mit insgesamt 111 000 Franken: Der SGB investiert 90 000, die Unia 16 000 und Travail Suisse 5000 Franken. Dies haben sie vor Ablauf der EFK-Frist gegenüber CH Media publik gemacht.

Vermögensberater mit Grossspende

Das haben auch die Befürworter der Renteninitiative getan. Ihr Budget beträgt insgesamt 897 000 Franken. Auch hier ist der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse mit 300 000 Franken der grösste Geldgeber. Dahinter folgt der Vermögensverwalter Oliver Ehinger mit 230 000 Franken (s. Box). Weitere grössere Beiträge kommen unter anderem vom Trägerverein der Initiative, von den Jungfreisinnigen oder von Swiss Re.

Geschäftsführer der Ja-Kampagne zur Renteninitiative ist Marcel Schuler von der Kampagnenfirma Campaigners. Im Videogespräch mit CH Media zeigt er die Budgetaufstellung, inklusive der Lohn- und Administrationskosten, die sein Unternehmen der Kampagne in Rechnung gestellt hat.

Die Aufbereitung der meldepflichtigen Daten zuhanden der Finanzkontrolle habe ihn etwa einen Arbeitstag gekostet, sagt Schuler. Einen weiteren Arbeitstag investierte Michael Umbricht, der ehrenamtlich tätige Kassier des Vereins hinter der Renteninitiative.

«Unser Budget weist transparent alle Einnahmen und Aufwendungen aus,» sagt Schuler. Hinzu kommen Kampagnenarbeiten der Sekretariate von FDP und Jungfreisinnigen für ihre eigenen Kampagnen. Diese

«Eine langfristige Investition»: Das sagt der Grosspender

Oliver Ehinger hat 230 000 Franken an die Kampagne für die Renteninitiative gespendet. Der 55-Jährige ist Geschäftsleitungsmitglied des Vermögensverwalters Ehinger & Cie. in Basel. Die Firma wurde 1810 von seinem Vorfahren Christoph de Mathias Ehinger-Burckhardt gegründet.

«Das ungelöste Problem der Altersvorsorge ist für mich die langfristig grösste Herausforderung für die Schweiz», begründet der 55-Jährige sein finanzielles Engagement. Mit jedem weiteren Jahr ohne nachhaltige Lösung wachse die Rechnung, welche die kommenden Generationen bezahlen müssten.

Für den Arlesheimer FDP-Kommunalpolitiker Ehinger ist es die erste Grossspende für ein politisches An-

liegen. Ihm sei bewusst, dass die Renteninitiative (gemäss jüngster Umfrage wollen ihr nur 35 Prozent zustimmen) einen schweren Stand habe.

Noch wollten zu viele Menschen das Problem nicht wahrhaben. Wahrscheinlich brauche es mehrere Anläufe, aber am Ende sei die Erhöhung des Rentenalters ein «No-Brainer für die Politik», ist Ehinger überzeugt: «Ich betrachte meine Spende deshalb als langfristige Investition.» Ihm sei völlig klar, dass er finanziell auf der Sonnenseite des Lebens stehe und er sich sorgenfrei auch eine Frührentenleistung leisten könnte, sagt Ehinger. «Aber eine nachhaltig gesicherte Altersvorsorge ist auch und gerade im Interesse jener, die finanziell weniger gut dastehen als ich.» (cbe)

müssten nicht ausgewiesen werden. Dass dieser Aufwand nicht offengelegt wird, hat mit der Ausgestaltung der Vorschriften bezüglich «nicht monetärer Zuwendungen» an eine Kampagne zu tun. Darunter fallen Dienstleistungen wie etwa das Einrichten einer Kampagnenwebsite oder die grafische Gestaltung von Kampagnenmaterial.

Die Krux mit der Milizarbeit

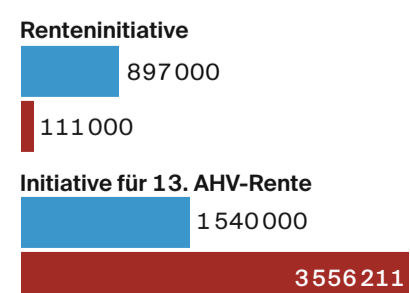
Um dem Milizcharakter der Schweizer Politik gerecht zu werden, hat der Bundesrat nur bestimmte «nicht monetäre Zuwendungen» an eine Kampagne für offengelegspflichtig erklärt: Jene Dienstleistungen, die von einem Anbieter kostenlos oder vergünstigt erbracht werden, der solche Dienstleistungen ansonsten kommerziell anbietet.

Spricht: Wenn ein IT-Unternehmer, der einer Partei angehört, in seiner Freizeit eine Kampagnenwebsite programmieren würde, muss dies offengelegt werden – ebenso jene Dienstleistungen, die kommerziell tätige Kampagnenfirmen wie Campaigners in Rechnung stellen.

Wenn hingegen die für die IT-Arbeiten zuständige Sekretariatsmitarbeiterin einer nicht kommerziellen Organisation eine Kampagnenwebsite programmiert, ist dies nicht offengelegspflichtig. Darunter fallen Parteien, Gewerkschaften, Verbände oder NGOs. Denn diese bieten solche Kampagnenarbeiten in der Regel nicht kommerziell für Dritte an.

So viel Geld steckt hinter den Abstimmungen

Total der Einnahmen in Franken
■ Ja-Lager ■ Nein-Lager



Quelle: Eidg. Finanzkontrolle/Grafik: stb

arbeitszeit berücksichtigt. Ich habe studiert und doktort bis 30 – ich kann arbeiten bis 70. Mein Bruder hat eine Lehre gemacht und mit 16 seinen ersten Lohn verdient. Er muss sicher nicht bis 70 arbeiten.

Laut einer Studie würde die Zuwanderung in die Schweiz deutlich sinken, würde das Rentenalter erhöht. Warum hört man dieses Argument aus Ihrem Lager kaum?

Unsere Kampagne fängt ja erst jetzt richtig an. Es ist sonnenklar: Wenn das inländische Arbeitskräftepotenzial besser genutzt wird, rekrutieren die Unternehmen weniger Leute im Ausland. Das ist ein positiver Begleiteffekt unserer Initiative.

Ab 55 ist es schwierig, eine neue Stelle zu finden. Mit einem höheren Pensionsalter wird dieses Problem noch verschärft.

Die Gewerkschaften zeichnen hier ein Bild, das nicht den Fakten entspricht: Die Erwerbsquote der Menschen über 55 ist in der Schweiz sehr hoch. Es stimmt aber: Wer im fortgeschrittenen Alter seinen Job verliert, findet nicht mehr so leicht eine vergleichbare Stelle. Ich bin überzeugt: Der Fachkräftemangel wird die Unternehmen zwingen, verstärkt auf ältere Arbeitnehmer zu setzen. Sie haben eine grosse Erfahrung und sind leistungsfähig. Der Arbeitsmarkt wird eine Erhöhung des Rentenalters absorbieren.

Ihre Gegner zeichnen ein eher negatives Bild von der Arbeit: mühselig, eintönig, ermüdend – je früher man davon befreit ist, desto besser. Was entgegnen Sie?

Ich stelle in Diskussionen immer wieder fest: Politiker aus linken Parteien stellen die Arbeit als Last dar, als eine

Pein. Dabei ist die Arbeit für die meisten Menschen etwas Positives, etwas Sinnstiftendes, ein Ort, an dem man etwas erlebt, Kontakte pflegt, an dem Freundschaften entstehen. Die meisten Menschen arbeiten gerne und lange.

Die Zustimmung zu Ihrer Initiative ist bisher tief. Warum möchten die Schweizerinnen und Schweizer offenbar lieber eine 13. AHV-Rente als ein höheres Rentenalter?

Unsere Forderung ist sachlich gerechtfertigt, Umfragen hin oder her. Der Bundesrat hat erklärt, dass es eine neue Reform der AHV braucht. Wir bieten sie schon jetzt. Mit einem Modell, das nicht die Kaufkraft der Leute reduziert, wie das mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer der Fall wäre.

Warum soll man nicht zweimal Ja stimmen am 3. März? Höheres Rentenalter, aber auch mehr AHV.

Das ist widersinnig. Im Kanton Zürich lebt jeder vierte Rentner in einem Haushalt, dessen Vermögen eine Million Franken übersteigt. Sollen begüterte Senioren eine 13. Rente bekommen? Das wäre falsch. Dass man aber für die zehn Prozent der Rentner, die armutsgefährdet sind, die AHV-Rente anhebt, scheint mir wie gesagt richtig. Aber mit der Giesskanne Milliarden verschleudern an Wohlhabende? Das ist sozialpolitischer Stuss.

Braucht es mehr als einen Anlauf für die Erhöhung des Rentenalters?

Wir setzen uns dafür ein, dass es im ersten Anlauf gelingt. Die Erhöhung des Rentenalters ist unausweichlich in einer Gesellschaft, in der die Menschen immer länger und vor allem länger gesund leben. Auch die Landesregierung sieht es so.